

„Die Staaten streiten gar um Kommas“ Kleine Anbieter kämpfen gegen die Telekom

BZ-INTERVIEW mit der aus Freiburg stammenden Aktivistin Laima Politajs über die Laune auf der Klimakonferenz und die zähen Debatten

PARIS. Unter den Tausenden von Teilnehmern bei der UN-Klimakonferenz in Paris sind auch viele junge Klima-Aktivisten. Sie haben sogar einen Beobachterstatus und ein Mitspracherecht. Die gebürtige Freiburgerin Laima Politajs (23) ist eine von ihnen. Michael Neubauer sprach mit ihr über ihre Eindrücke von der Konferenz.

BZ: Frau Politajs, Sie haben einen schwarzen Kreis ums Auge. Und vor einer Pariser Konferenzhalle haben Sie gerade zusammen mit anderen jungen Menschen laut „1 point 5 to stay alive“ gerufen (1,5 Grad, um zu überleben). Was ist los mit Ihnen?

Politajs: Ich war Teil einer Aktion auf dem Gelände der Klimakonferenz. Der Kringel um mein Auge symbolisiert eine Null. Sie steht für die Dekarbonisierung, also den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen. Dieser Ausstieg ist wichtig, damit wir bis zum Jahr 2100 noch eine Chance haben auf eine maximale Erderwärmung von 1,5 Grad. An vielen Stellen des geplanten Pariser Klimaabkommens steht derzeit noch das Zwei-Grad-Ziel. Wir von Youngo fordern mehr Ehrgeiz.



Diese Inderin sammelt illegal Kohle ein.

FOTOS: DPA/MICHAEL NEUBAUER



BZ: Youngo klingt ein bisschen nach Automarke. Was ist das?

Politajs: So heißt die Klimajugendbewegung. Wir sind ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen von Jugendlichen. Wir nehmen als Vertreter der Zivilgesellschaft eine Art Doppelrolle ein: Zum einen bin ich Beobachterin. Ich habe das Recht, bei Teilen der Vertragsverhandlungen zuzuhören. Wir wollen andere junge Leute begeistern von dem, was hier passiert. Also bloggen wir, schreiben Artikel und haben auch Live-Schaltungen in Universitäten. Der andere Teil meiner Rolle ist, während der Konferenz aktiv zu werden. Youngo darf in manchen Sitzungen Statements abgeben. Oder wir lenken mit unseren Aktionen, Standbildern und Flashmobs die Aufmerksamkeit der Delegierten und Verhandlungsführer auf Themen wie Generationengerechtigkeit, Bildung und Menschenrechte.

BZ: Sie sitzen mit in Verhandlungen, in denen der Klimavertragstext diskutiert wird. Was passiert da genau?

Politajs: Der Text wird Wort für Wort durchgegangen. Die Vertreter der Staaten diskutieren über strittige Punkte, Nebensätze und streiten gar um Kommas. Sie su-

chen einen Kompromiss, dem am Ende 195 Staaten und die EU zustimmen sollen. Anfangs standen im Text noch viele alternative Formulierungen, über 1000 Passagen waren in Klammern. In einer Sitzung ging es um die Nennung des Zwei-Grad-Ziels. Manche Länder wollen hineinschreiben, dass die derzeitigen Versprechungen der Staaten zu einer Erderwärmung von sogar drei bis vier Grad führen würden. Andere Staaten wollen solche Zahlen nicht im Text sehen. Sie fürchten, noch stärker in die Pflicht genommen zu werden.

BZ: Die Mühlen der Klimadiplomatie mahlen langsam. Sind Sie ein Gedulds Mensch, oder macht Sie das verrückt, wenn Sie da zuschauen?

Politajs: Klar, wünsche ich mir manchmal, dass das schneller geht. Aber andererseits passiert hier in Paris ein wichtiger demokratischer Prozess. Jeder Staat wird einbezogen und kann den Text mitgestalten. Das ist besser als die Alternativen, vor allem, da wir wollen, dass am Ende alle Parteien hinter diesem Vertrag stehen. Beim Gipfel im Kopenhagen ging das damals zu-

schnell – und der Gipfel scheiterte.

BZ: Um die 40 000 Menschen nehmen an der Klimakonferenz teil. Wie erleben Sie diese Massen?

Politajs: Natürlich verliert man sich ein wenig in dem Getümmel. Aber wenn ich die vielen Sprachen höre und die Menschen unterschiedlicher Hautfarbe sehe, manchmal sogar in traditioneller Kleidung: Dann habe ich das Gefühl, dass die Sorge um das Klima die Menschen eint. Wir erleben in diesen Tagen einen weltweit wichtigen politischen Moment.

BZ: Nach zwei Wochen Debatte soll der Vertrag verabschiedet werden. Was braucht es, damit Sie ihn als erfolgreich bezeichnen?

Politajs: Ich glaube nicht, dass über den Erfolg des Vertrages in diesen zwei Wochen entschieden wird. Erst in den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob jedes einzelne Land für das Klima aktiv werden wird. Wir dürfen Paris also nicht als Endpunkt sehen eines jahrelangen Verhandlungsprozesses, sondern als Anfangspunkt eines kontinu-

ierlichen Handelns. Für mich ist es deshalb zum Beispiel wichtig, dass ein Fünf-Jahres-Zyklus festgeschrieben wird. Er muss die Staaten zwingen, ihre Ziele regelmäßig zu überprüfen. Und auch wir Bürger müssen die Regierungen und ihre Klimapolitik weiterhin genau beobachten.

BZ: Hatten Sie kurz überlegt, wegen der



Laima Politajs

Terrorereignisse vom 13. November nicht nach Paris zu fahren?

Politajs: Ich kenne Leute, die zu Hause geblieben sind. Aber für mich kam das nicht infrage, dazu ist das Thema zu wichtig. Die Polizei- und Militärpräsenz in Paris finde ich enorm. Schade ist, dass wegen des Ausnahmezustands die großen Klimademonstrationen in Paris abgesagt wurden. Aber ich habe Verständnis dafür. Geht es um die Idee, auf die ganze Place de la République Schuhe zu stellen, welche die fehlenden Demonstranten repräsentieren.

INFO

LAIMA POLITAJA

Das Interesse der 23-Jährigen für Themen wie Nachhaltigkeit und Klima wurde in der 5. Klasse des Freiburger St.-Ursula-Gymnasiums gelegt: durch ihre Teilnahme an einer Energie-Spar-AG. Die gebürtige Freiburgerin studierte zunächst in Dresden, Buenos Aires und Lissabon Internationale Beziehungen und Lateinamerikastudien.

Jetzt studiert sie Wirtschaft und Politik mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Entwicklung in Wien. Seit zwei Jahren ist sie Mitglied des Jugendbündnisses Zukunftsenergie, eines Netzwerks mehrerer großer Umweltschutzorganisationen. Politajs hat bereits in Bonn und Genf an mehreren Zwischenverhandlungen vor der großen Pariser Klimakonferenz teilgenommen. **mic**

Das neue deutsche Machtmittel ist der Kaffee

Der deutsche Pavillon im Pariser Kongresszentrum ist zentraler Treffpunkt der Klimakonferenz

Von Christian Mihatsch

PARIS. Manche Länder sind groß und mächtig, andere haben Einfluss wegen ihrer Unberechenbarkeit. Doch nur ein Land setzt gezielt auf Gastfreundschaft.

Eigentlich ist Deutschland an den Verhandlungen über einen Weltklimavertrag gar nicht beteiligt. Bei der UN-Klimakonferenz in Paris verhandelt die EU für alle ihre Mitgliedsländer. Trotzdem haben die deutschen Vertreter in Paris wichtige Rollen übernommen – für die EU und die Welt.

Um die Welt kümmert sich der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Jochen Flasbarth. Er wurde von Konferenzpräsident Laurent Fabius beauftragt, zusammen mit dem Minister aus Gabun, Emmanuel Isoze-Ngonde, eine Lösung für die Klimafinanzierung zu finden. Hier wollen die Entwicklungsländer, dass die Industriestaaten ihre Finanzhilfen nach dem Jahr

2020 weiter erhöhen, ausgehend von 100 Milliarden Dollar. Die Industriestaaten wollen dem aber nur zustimmen, wenn auch wohlhabende Entwicklungsländer wie Saudi-Arabien ebenfalls einen Beitrag leisten. Damit hat Flasbarth die wohl kniffligste Aufgabe bei der Klimakonferenz übernommen.

Seine Chefin, Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, kümmert sich derweil um die EU. Zusammen mit ihrem finnischen Kollegen Kimmo Tiilikainen vertritt sie die EU bei der Frage der Differenzierung. Gemeint ist damit die Unterscheidung zwischen den Ländern. Diese Frage ist nicht nur bei der Finanzierung wichtig, sondern auch bei der Reduktion der Emissionen und der CO₂-Buchhaltung. Hendricks wird hier versuchen, ein möglichst einheitliches System für alle Länder durchzusetzen. Ihre Gegenspieler kommen dabei aus Ländern wie Indien oder Saudi-Arabien. Diese wollen an der Zweiteilung der

Welt in Industrie- und Entwicklungsländer festhalten, wie sie in der UN-Klimakonvention aus dem Jahr 1992 festgeschrieben ist.

Flasbarth und Hendricks müssen mit dem ehrgeizigen Zeitplan von Laurent Fabius zurechtkommen: Bereits Dienstagabend sollen Resultate vorliegen. Erleichtert wird die Aufgabe der beiden deutschen Vertreter durch die Wahrnehmung Deutschlands auf dem Verhandlungspaket.

Täglich werden bis zu zehn Kilo Kaffee verbraucht

Die deutsche Energiewende ist längst in die englische Sprache als „Energywende“ eingegangen und Probleme bei deren Umsetzung werden außerhalb Deutschlands nur selten vermeldet. Bewusst ist vielen Entwicklungsländern hingegen, dass Deutschland mehrfach bei der Klimafinanzierung als erstes Industrieland zu Zugeständnissen bereit war. Und die Inselstaa-

ten setzen darauf, dass Deutschland und die EU neben dem Zwei-Grad- auch das 1,5-Grad-Ziel im Paris Abkommen absichern können. Deutschland wird auch seinem zweiten Platz auf der Rangliste der „weichen Macht“ (englisch: soft power) gerecht, die von der englischen PR-Firma Portland jedes Jahr erstellt wird. Das Machtmittel: Kaffee.

Deutschland hat auf der Pariser Konferenz nicht nur ein Delegationsbüro, sondern auch einen eigenen Pavillon und dort gibt es Kaffee – kostenlos. Der Pavillon ist denn auch immer gepackt voll, ganz nach dem Motto der Fußball-Weltmeisterschaft 2006: „Die Welt zu Gast bei Freunden“. „Wir verbrauchen acht bis zehn Kilo Kaffee am Tag“, sagt der Mann an der Kaffeemaschine. „Das ist enorm.“ Die Kosten dafür sind gut investiertes Geld: Während die Vertreter anderer Länder ständig auf Achse sind, kommt jeder gern auf einen Kaffee – zu den Deutschen.

Streit um den Ausbau des Breitbandnetzes

BONN/BERLIN (dpa). Die Kontroverse um den Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland spitzt sich zu. Während kleine Anbieter auf Glasfaser setzen, bevorzugt die Deutsche Telekom ihre Vectoring-Technik. Am Montag erklärte nun die Monopolkommission, sie befürchte wegen des Einsatzes der Vectoring-Technik eine zu große Marktmacht der Telekom in Teilen des Netzes. Es bestehe die Gefahr, dass es der Bundesnetzagentur nicht gelinge, hier ein Monopol im Nahbereich um die Hauptverteiler der sogenannten letzten Meile zu verhindern, sagte Daniel Zimmer, Vorsitzender der Kommission, bei der Vorstellung eines Sondergutachtens in Bonn. Die Monopolkommission ist ein Beratergremium der Bundesregierung aus Wissenschaftlern.

Der Deutschland-Chef der Telekom, Niek Jan van Damme, wies die Kritik zurück. Sein Ziel sei es, möglichst vielen Menschen einen schnellen Internetzugang zu bieten. „Und auch deshalb treiben wir den Vectoring-Ausbau voran. Dieser Ausbau ist um den Faktor fünf schneller und den Faktor zehn günstiger als ein reiner Glasfaserausbau.“ Die Telekom werde noch im Dezember 1,4 Millionen Haushalte in Deutschland Vectoring-fähig machen. Im Jahr 2015 seien insgesamt rund 4,6 Millionen Haushalte für Vectoring-Verbindungen vorbereitet worden.

Die Bundesnetzagentur hatte unlängst als Regulierungsbehörde in einem Entwurf empfohlen, der Deutschen Telekom unter bestimmten Bedingungen den Ausschluss von Wettbewerbern zu gestatten, um mit der Vectoring-Technologie schnellere DSL-Internetanschlüsse anbieten zu können. Bei einer Umsetzung des Entwurfs drohe eine Zementierung der bestehenden Marktbedingungen, sagte Zimmer.

Beim Vectoring werden für die letzten Meter vom Verteilerkasten am Straßenseitigen bis zu den Häusern und Wohnungen die herkömmlichen Kupferdrähte verwendet, die in der Regel bereits vorhanden sind. Konkurrenten der Telekom setzen dagegen bislang häufig auf Kabel-TV-Technik und bevorzugen beim Breitbandausbau neu zu verlegende Glasfaserverbindungen – auch auf der „letzten Meile“. Damit können deutlich höhere Geschwindigkeiten erzielt werden als über die Kupferleitung, allerdings kostet „Fiber-To-The-Home“ deutlich mehr.

Der Geschäftsführer des Verbandes der Telekom-Wettbewerber VATM, Jürgen Grütznert, hatte kritisiert, das günstige Vectoring nehme dem Glasfaserausbau in den betroffenen Regionen die wirtschaftliche Perspektive: „Der Ex-Monopolist in Deutschland will mit einer schlechten Technik eine bessere, nämlich Glasfaser bis ins Haus oder Endkunden, verhindern“, schimpfte er. Kleine Betreiber wie M-Net in München oder Netcologne in Köln setzen auf Glasfaser. Die Telekom, so sehen sie es, kommt ihnen mit einer Technik ins Gehege, die ihr Geschäftsmodell durchkreuzt.

Autobesitzer könnten bald einfacher klagen

BERLIN (dpa). Angesichts des VW-Skandals könnten auch Autobesitzer von möglichen neuen Klagerechten für Verbraucher profitieren. Das Bundesjustizministerium prüfe eine Einführung von „Musterfeststellungsverfahren“, wie ein Sprecher am Montag in Berlin erläuterte. Damit könnten Verbände massenhaft auftretende Rechtsstreitigkeiten mit nur einer Klage vor Gericht bringen und zentrale Punkte klären – andere Verbraucher könnten sich dann leicht anschließen. Derzeit würden Eckpunkte vorbereitet, im kommenden Jahr sei ein Referentenentwurf zu erwarten. Bisher müssen betroffene Verbraucher stets für sich alleine klagen.